



**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**  
Unterbezirk Bremen-Stadt

**Beschlüsse und überwiesene Anträge**  
UB-Parteitag, 16. Juni 2018

**Beschlüsse:**

- A 14 Bremen wächst – Eckpunkte für den sozialen Zusammenhalt im neuen Jahrzehnt**  
Antragssteller: Unterbezirksvorstand
- A 15 Empfehlung für die Erarbeitung des SPD-Zukunftsprogramms 2019-2023**  
Antragssteller: AK Soziale Stadtentwicklung
- A 17 Tarifverträge stärken: Mehr Allgemeinverbindlichkeit**  
Antragssteller: Jusos
- A 19 Politik zurück an die Hochschulen holen – Allgemeinpolitisches Mandat für die Vertretung der Studierenden**  
Antragssteller: Jusos
- A 20 Resolution: Eine solidarische Stadtpolitik für alle!**  
Antragssteller: Jusos
- A 22 Erstellung eines Leitfadens zum Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern, die von einer Lückenbebauung betroffen sind**  
Antragssteller: Ortsverein Petersweder-Steintor

**Überweisung an Programm-AG „Demokratische Gesellschaft – gleiche Teilhabe – sicher leben“:**

- A 18 Maß halten! Verschärfung des Polizeigesetzes überdenken!**  
Antragssteller: Jusos

**Überweisung an Wissenschaftsforum:**

- A 21 Für paritätische Mitbestimmung an den Hochschulen**  
Antragssteller: Jusos

**Bremen wächst. Zusammen.****– Eckpunkte für den sozialen Zusammenhalt im neuen Jahrzehnt**

5 Die SPD im Land Bremen steht vor der Erarbeitung ihres Wahlprogramms 2019-2023. Dieses  
Programm wird unter besonderen Vorzeichen stehen. Nach harten Jahren der Konsolidierung  
hat der Senat mit Carsten Sieling an der Spitze in schwierigen Verhandlungen die finanzielle  
Lebensfähigkeit unseres Stadtstaates für die Zeit ab 2020 gesichert. Das bietet die Chance – für  
10 uns als führende Regierungspartei aber auch die Pflicht – nun ein Zukunftsprogramm zu ent-  
wickeln.

Als Beitrag des Unterbezirks Bremen-Stadt dazu spricht sich der Parteitag für folgende Maß-  
nahmen als Eckpunkte für das (zusammen)wachsende Bremen im neuen Jahrzehnt aus:

15 Wir stärken ....

**■ Bremen als „Stadt der guten Arbeit“, indem wir zum Beispiel**

- 20 ● Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik von Stadt und Land konsequent an der Siche-  
rung und Schaffung guter Arbeitsplätze ausrichten und die Potenziale der Bremen-  
eigenen Unternehmen zur Sicherung der Beschäftigung im Lande Bremen zu nutzen.
- in Bremen den Mindestlohn auf ein angemessenes Niveau über die ‚Aufstocker-Grenze‘  
25 und schrittweise auf 12 € / Stunde erhöhen werden.
- Im Bremischen öffentlichen Dienst auch weiterhin auf sachgrundlose Befristungen ver-  
zichten. Auch Befristungen mit Sachgrund werden wir weiter reduzieren. Insbesondere  
für die vielen Beschäftigten, die über Projektverträge wichtige Arbeit für unser Ge-  
30 meinwesen leisten, werden wir dauerhafte Lösungen, etwa im Rahmen eines Pools,  
entwickeln.
- Tariftreue stärken: um bei öffentlichen Ausschreibungen konsequent Tariftreue z.B.  
von privaten Wachdiensten, Catering-Anbieter u.m. zu verlangen, werden wir die von  
35 Sozialdemokrat\*innen in Europa erkämpfte neuen Entsenderichtlinie schnellstmöglich  
ausschöpfen. Wir setzen uns in allen Einflussbereichen für Tarifbindung und insbeson-  
dere für Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ein, wie derzeit erfolgreich bei Ho-  
tels und Gaststätten. In Unternehmen, die mehrheitlich der Stadtgemeinde Bremen  
oder dem Land gehören, ist mindestens die Geltung der Tarifverträge des öffentlichen  
40 Dienstes zu vereinbaren.
- Mitbestimmung den Rücken stärken: wir ermutigen alle Beschäftigten sich gewerk-  
schaftlich zu organisieren und Betriebs- und Personalräte zu wählen. Die Arbeitgeber  
fordern wir auf, Mitbestimmung als Stärke zu erkennen und sehen Betriebsräte als na-  
45 türliche Gesprächspartner des Senats. Die gesetzliche Mitbestimmung der Beschäftig-  
ten im öffentlichen Dienst werden wir schützen.

- 50 • Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren: mit „LAZLO“ und „PASS“ sind wir den richtigen Schritt gegangen, mit Landesmitteln insgesamt rund 650 öffentlich geförderte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose zu schaffen. Da ein Großteil der Teilnehmenden realistischer Weise kurzfristig nicht in den ersten Arbeitsmarkt wechseln wird, wollen wir die Mittel dauerhaft bereitstellen und die Programme weiter in Richtung eines sozialen Arbeitsmarktes ausbauen. Dabei sollen vorrangig die nun im Bund bereitgestellten Mittel zur Schaffung eines sozialen Arbeitsmarkts im vollen Umfang genutzt werden.
- 55 • die Ausbildungsgarantie verwirklichen: in Branchen mit Ausbildungsplatzmangel wollen wir nach dem Vorbild der Bau- und Pflegebranche Ausbildungsfonds einrichten. Die Zusagen der öffentlichen Hand werden wir auch in Zukunft einhalten sowie flankierende Hilfen ausbauen und die Ausstattung der Berufsschulen verbessern.
- 60 • berufliche Ausbildung wertschätzen: Wir werden das Begrüßungsgeld für Azubis fortführen und die Beantragung weiter vereinfachen. Wir arbeiten dafür, dass Auszubildende soziale Hilfen im Bereich Wohnen und Mobilität erhalten, wie dies auch Studierende tun.
- 65 • die Ausbildung in den sozialen Berufen aufwerten: duale Ausbildung soll auch für Erzieher\*innen selbstverständlich werden. In den therapeutischen Berufen führen wir die Lehrgeldfreiheit ein.
- 70 • auf dem Wege zu einer Bürgerversicherung das Solidarsystem stärken: Bremer Beamten wollen wir künftig nach Hamburger Vorbild auch faktisch die Möglichkeit geben, sich für eine gesetzliche Krankenversicherung zu entscheiden.
- 75 • das Streben von HiWis an den Hochschulen nach einem Tarifvertrag konstruktiv begleiten. Wir begrüßen die wieder zunehmende gewerkschaftliche Organisation auch unter jungen Akademiker\*innen.
- 80 ■ **...bezahlbares Wohnen und soziale Stadtentwicklung, indem wir zum Beispiel**
  - anstreben, 2.500 neue Wohnungen pro Jahr zu bauen.
  - den Anteil der geförderten Wohnungen von 25% auf 30% steigern.
  - 85 • den Senat auffordern, im Rahmen von Ausschreibungsverfahren den Bau von Mietwohnungen im mittleren Marktsegment auf stadteigenen Grundstücken zu ermöglichen. Dazu sind insbesondere sog. 8 €-Häuser mit einer Nettokaltmiete von 8 € / qm in serieller Bauweise vorzusehen.
  - 90 • vielfältige Quartiere und soziale Durchmischung in unserer Stadt vorantreiben. Der geförderte Wohnungsbau für Personen mit mittlerem und geringerem Einkommen soll in allen Stadtteilen und Ortsteilen stattfinden. Dazu dient auch die Initiative der SPD-Bürgerschaftsfraktion, in Quartieren des Programms Soziale Stadt den Wohnungsbau von Familien mit minderjährigen Kindern durch einen Zuschuss von 15.000 € zu erleichtern.

- 95
- wir auch eine Nutzungsmischung fordern: es soll keine reinen Schlafstädte oder Einkaufszonen geben. Wir fördern die Vielfalt im Quartier durch unterschiedliche Wohnprojekte: Wohnangebote für Studierende und Auszubildende, gemeinschaftliche Wohnformen wie Wohn- oder Hausgemeinschaften, Seniorenwohnen mit Serviceangeboten. Dies fördert auch die Altersmischung.

100

  - bei der Vergabe öffentlicher Flächen auch mit dem Instrument des Erbbauvertrags arbeiten, um auch u. a. jungen Familien Wohnungseigentum zu ermöglichen.
  - aktiv Schrottimmobilien und Grundstücksbrachen bearbeiten, damit betroffene Ortsteile sich nicht negativ weiterentwickeln. Die Instrumente dafür sind bekannt, sie müssen geschaffen werden (z. B. Bremerhaven).

105

  - den Leerstand bekämpfen. Dafür muss das durch die SPD-Fraktion vorbereitete Gesetz angewendet werden, d. h. der Leerstand muss durch eine Verwaltungseinheit bearbeitet werden.

110

  - die GEWOBA in städtischer Hand erhalten und ihre Neubauaktivitäten fortführen. Möglichkeiten zur Rückkehr weiterer Gesellschaften in die öffentliche Hand (z.B. Brebau) werden wir nutzen.

115

  - vorhandenen Gebäudebestand, dessen ursprüngliche Zweckbestimmung nicht mehr zeitgemäß ist, wie z.B. das Bundeswehrhochhaus und die Scharnhorst-Kaserne durch die Stadt erwerben, um hier neuen Wohnraum insbesondere für Auszubildende und Studierende zu schaffen.

120

■ **...unsere KiTas und Schulen, indem wir zum Beispiel**

  - Planungssicherheit und Zeit für Qualität geben: Wir bieten den anderen Parteien an, den Schulkonsens zu verlängern. Wir schlagen vor, den Konsens um den von Claudia Bogedan entwickelten Qualitätspakt zu erweitern.

125

  - KiTas und Schulen in schwieriger Lage gezielt entlasten und fördern (Bildungsverstärkungsbudgets, Zuweisung nach realitätsgetreueren Sozialindikatoren, Entlastungsstunden an Schulen). Damit machen wir auch die Arbeit an diesen Schulen attraktiver.

130

  - perspektivisch alle Gymnasien an der Inklusion beteiligen.
  - den Ausbau der Ganztagschulen zügig fortsetzen.

135

  - ab dem Jahr 2020 eine Sanierungsoffensive für unsere Schulen starten.
  - den KiTa-Ausbau mit voller Fahrt fortsetzen: wir wollen in jedem Stadtteil eine Versorgungsquote von 70% (Krippen) bzw. 100% (Kindergärten). Ziel ist, die sogenannten „Quartalskinder“ in die U3-Betreuung zu integrieren. Wir wollen zudem die ganztägigen Betreuungsangebote weiter ausbauen. Unser nächstes Ziel ist hier, dass nach den Kindergärten auch in den Krippen kein Kind ohne Mittagessen nach Hause geht.

140

- 145 • die Elternbeiträge in der Kindertagesbetreuung ab dem KiTa-Jahr 2019 für alle 3-6 Jäh-  
rige Kinder abschaffen.
- 150 • Eine Qualitätsoffensive für Bremens KiTas starten, um sie als Ort frühkindlicher Bildung  
zu stärken und verlässliche Betreuung für die Eltern zu gewährleisten, indem wir uns  
insbesondere in sozial geforderten Stadtteilen für eine den angestiegenen Anforde-  
rungen angemessene Fachkräfte-Kind-Relation und auch weiterhin für eine so früh wie  
möglich ansetzende Verzahnung und Kooperation der pädagogischen Konzepte der  
KiTas und Schulen einsetzen.
- 155 • bei der städtebaulichen Planung von KiTas und Schulen sozialräumliche Aspekte wie  
eine gute soziale Durchschmischung berücksichtigen und den Grundsatz „kurze Beine,  
kurze Wege“ befolgen.
- 160 • den Beruf der Erzieher\*innen weiter aufwerten und attraktiver machen, indem wir uns  
für eine flächendeckend bezahlte, praxisintegrierte („duale“) Ausbildung, zusätzliche  
Weiterbildungsmöglichkeiten bis hin zum Studium der „Sozialen Arbeit“ sowie die ta-  
rifliche Anerkennung von Zusatzqualifikationen und der Tätigkeit in jenen KiTas einset-  
zen, in denen besonders viel Zeit für Spracherwerb und Elternarbeit investiert werden  
muss.
- 165 • die Ausgaben je Kind, Jugendliche und Auszubildende auf das Niveau von Berlin und  
Hamburg zu heben.
- 170 ■ **...das sichere und saubere Zusammenleben in unseren Quartieren, indem wir zum Bei-  
spiel**
  - die Kontaktpolizisten zeitnah nachbesetzen.
  - den Kurs, den Schwerpunkt auf Präsenz der Polizei „auf der Straße“ zu legen, fortsetzen  
und durch den notwendigen Bau neuer Zentralstandorte in West und Nord absichern.
  - 175 • den von uns geschaffenen Ordnungsdienst schrittweise und bei Vermeidung von Dop-  
pelstrukturen auf 100 Bedienstete mit entsprechender Qualifizierung ausweiten, um  
verlässliche Präsenz in den Quartieren zu gewährleisten.
  - 180 • den Kurs der Rekommunalisierung fortsetzen, weil Daseinsvorsorge in öffentliche Hand  
gehört. Möglichkeiten zur Rekommunalisierung wollen wir auch in Zukunft nutzen, nö-  
tigenfalls schrittweise.
  - 185 • die anerkannte Präventionsarbeit weiter stärken und das neue ressortübergreifende  
Kompetenzzentrum für Prävention und Erforschung von Salafismus verstetigen.
- 190 ■ **den sozialen Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft, indem wir zum Beispiel**
  - dem Vorschlag der Landesvorsitzenden folgend städtische Busse und Bahnen für Bre-  
mer Kinder und Jugendliche schrittweise kostenlos gestalten, um ihre Teilhabe gerade  
in den innenstadtfernen Stadtteilen zu erweitern.

- den Zugang zu Museen und Kunstausstellungen durch mindestens einen kostenfreien Eintrittstag pro Woche allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes ermöglichen.
- 195 • beginnend mit einem Pilotprojekt freies WLAN in sozial herausgeforderten Stadtteilen ermöglichen.
- das erfolgreiche Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) auch in Zukunft fortsetzen.
- 200 • die Quartierszentren in den Stadtteilen zu Zentren für kulturelle und Weiterbildung (Kinder, Jugendliche, Erwachsene), Integration und Gesundheitsprävention stetig ausbauen.
- 205 • uns für eine gleichberechtigte Versorgung mit Kinder- und Hausärzten in den Stadtteilen einsetzen.
- uns auf Bundesebene weiterhin für eine sozial gerechte Familienpolitik einsetzen. Unser Ziel ist eine armutsfeste Kindergrundsicherung.
- 210 • die hohe Zustimmung zur Integrationspolitik in Bremen als Auftrag begreifen, die engagierte Stadtteilarbeit in diesem Bereich fortzusetzen und abzusichern.
- die Angebote für von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffene Menschen stärken.
- 215 • das Rat&Tat-Zentrum als unerlässliche Institution für die LGBTIQ-Community. Absichern
- uns für eine menschenwürdige Altenpflege einsetzen. Im stationären aber auch im ambulanten Bereich müssen Qualitätsstandards eingehalten werden, ebenso muss die Heimaufsicht genauso gestärkt werden wie die Mitwirkungsrechte der Bewohner\*innen. In der ambulanten Pflege ist eine ausreichende Unterstützung sicherzustellen.
- 220

Der Unterbezirksparteitag empfiehlt dem Landesvorstand die nachfolgenden Beschlüsse des AK Soziale Stadtentwicklung bei der Erarbeitung des SPD-Zukunftsprogramms 2019 – 2023 entsprechend zu berücksichtigen.

5

## 1. Soziale Stadtentwicklung („Philosophie“)

In Zeiten gesellschaftlicher und struktureller Umbrüche sehen sich unsere Städte dramatischen Wachstums- und Umbauprozessen ausgesetzt. Neue Siedlungsgebiete müssen erschlossen und alte Stadtbereiche den Erfordernissen einer modernen Gesellschaft angepasst werden. Auch in Bremen bekommen wir diese Erneuerungsprozesse zu spüren – von Großbaustellen z.B. in der Überseestadt, in Hemelingen und am Werdersee bis hin zu Revitalisierungsprojekten in der Innenstadt, im vorderen Woltmershausen oder im Hulsbergviertel. Damit verbunden sind erhebliche Aufwendungen in der Infrastrukturplanung, insbesondere im Schul- und Kita-bau sowie in der Verkehrsplanung.

10  
15

Zur Bewältigung dieser Aufgaben mangelt es den Städten zunehmend an finanziellen und personellen Mitteln. Ein verstärktes Engagement des Bundes in besonders defizitären Politikbereichen ist daher unerlässlich.

20

Wir Bremer Sozialdemokraten sehen in den derzeitigen Stadtentwicklungsprozessen die einmalige Chance, unsere Stadt für Bewohner und Zuzügler lebenswert und zukunftsfähig zu gestalten, mit ihrer Lage am Fluss und Meer für ein weltoffenes und liberales Stadtleben einzutreten und Anreize für eine dynamische gewerbliche Entwicklung in den Stadtteilen zu schaffen.

25

Gefordert ist eine integrative Stadtentwicklung, die nicht nur auf kurzatmige Einzelbelange reagiert, sondern mit den Stadtbewohnern langfristige und ganzheitliche Planungsperspektiven entwirft und durchsetzt.

30

Die Bremer Stadtentwicklung gründet dabei auf die ortstypische, auch überregional vielbeachtete **Stadtteiltradition** mit ihren überschaubaren Quartieren, sozialen Bindungen und städtebaulichen Qualitäten. Der hier gewachsene soziale Zusammenhalt, der in Bremen auf ein dichtes Netz von stadtteilbezogenen Sozial-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen zurückgreifen kann, schafft in Verbindung mit den Ortsämtern und Beiräten beste Voraussetzungen für bürgernahe Planung und kommunalpolitisches Engagement. Der Mensch steht hierbei im Mittelpunkt der Planung.

35

Zwei Schwerpunkte stehen – neben anderen großen Planungsaufgaben z.B. in der Innenstadt und in den Gewerbegebieten - im Vordergrund unserer politischen Arbeit der nächsten Jahre:

40

- Anpassung des **Wohnungsbaus** an die quantitativen und qualitativen Erfordernisse der wachsenden Bremer Bevölkerung. Bereitstellung bezahlbarer Wohnungen in ausreichender Zahl.

45

- Ausbau einer integrativen **Stadtteilentwicklungsplanung**, die mit den Bewohnerinnen und Bewohnern zusammenwirkt und den Deregulierungstendenzen in der Bremischen Verwaltung entgegenwirkt.

50

## 2. Stadtteilentwicklung in Bremen

Die Weiterentwicklung der Stadt wird in den nächsten Jahren eine dominante Rolle in Bremen einnehmen. Neben der **zentralen** Stadtentwicklung muss zukünftig die Stadtteilentwicklung in unseren Fokus rücken.

55

Die Gliederung des Stadtgebietes in unterschiedlich profilierte Stadtteile und Quartiere ist seit jeher ein Markenzeichen Bremischer Stadtentwicklung. Die einzelnen Stadtteile geben den Bewohnern in ihrem alltäglichen Leben soziale Orientierung und machen zusammengenommen das Bild einer vielfältigen und bunten Stadt aus.

60

Sozialdemokratische Stadtentwicklungsplanung will an dieser sozialen und räumlichen Qualität Bremens festhalten – insbesondere dann, wenn durch wachsende Ungleichheit die soziale Balance in einigen Stadtteilen bedroht ist. Wir werden daher der Planung vor Ort noch mehr Aufmerksamkeit schenken und die bestehende vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Bewohnerinnen und Bewohnern weiter vertiefen. Folgende Schwerpunkte stehen dabei im Vordergrund unserer künftigen Arbeit:

65

- Verbesserung der Kooperation zwischen allen an der Planung des jeweiligen Stadtteils beteiligten Personen, den Beiräten, senatorischen Dienststellen und Interessenträgern unter der Leitung des Ortsamtes und/oder der Stadtentwicklungsbehörde; Erarbeitung von Stadtteilentwicklungsplänen: sorgfältige Analyse der sozialen und baulichen Verhältnisse; Begleitung und Beschleunigung des laufenden Projektvollzugs insbesondere bei der Planung von Infrastruktureinrichtungen wie Schulen und Kitas; Pflege der Grün- und Freizeitanlagen. Aufbau einer **städtischen Entwicklungsgesellschaft** zur Unterstützung der Projektplanung in prekären Gebieten. Personelle Verstärkung in den Planenden Ämtern.
- Pflege und Stärkung des **Altbaubestandes**; Anlegen eines Leerstandskatasters (ggf. Unterstützung durch eine Internetplattform); fachliche Beratung bei der Aufwertung und Umwandlung von Schrottimmobilien; Beteiligung von ortsansässigen Wohnungsbau-gesellschaften bei der Verbesserung ihres Wohnumfelds; dabei auch Integration neuer Bevölkerungsgruppen (Studenten, Auszubildende, Zuwanderer) in Alt- und Neubauprogramme.
- Stärkung der **Stadtteilzentren** durch städtebauliche Verbesserung zentraler Plätze (mehr Aufenthaltsqualität, die die Bedarfe aller Bevölkerungsgruppen berücksichtigt), Straßen und Gebäude; Konzentration von öffentlichen und halböffentlichen Einrichtungen in diesen zentralen Lagen; Verbesserung der Müllentsorgung in den Stadtteilen. Stärkung eines vielseitigen Einzelhandelsangebotes in den Stadtteilzentren zur Gewährleistung der örtlichen Nahversorgung und Vermeidung weiter Einkaufswege.

70

75

80

85

90



- 95
- Bereitstellung von Flächen für stadtteilbezogene **Gewerbebetriebe** zur Sicherung von ortsnahen Arbeitsplätzen und Unterstützung von Startunternehmen; Integration von Wohnen und Arbeiten in neuen Mischgebieten und brachfallenden Altgewerbegebieten. (Siehe Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 6. Dezember 2016)

Dabei können wir in Bremen aufbauen auf

- 100
- das Projekt WIN (Wohnen in Nachbarschaften) für benachteiligte Stadtteile
  - die inzwischen vielfach entstandenen Quartierszentren in den Stadtteilen
  - den gerade entstehenden Ordnungsdienst (u. a. Sauberkeit)
  - den zusätzlichen Müllentsorgungsdienst, der u. a. Langzeitarbeitslosen aus der Arbeitslosigkeit führt
- 105

### **Tarifverträge stärken: Mehr Allgemeinverbindlichkeit!**

Wir fordern: die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen soll ausgeweitet werden.

- 5 Hierfür ist eine Reform der bestehenden Regelungen notwendig. Das Vetorecht der Arbeitgeber\*innen im Tarifausschuss soll entfallen. In einem ersten Schritt soll eine Allgemeinverbindlichkeit im öffentlichen Interesse stets geboten sein, wenn beide Tarifparteien dies beantragen und sich nicht die Mehrheit des Tarifausschusses dagegen ausspricht.

**Politik zurück an die Hochschulen holen - Allgemeinpolitisches Mandat für die Vertretung der Studierenden!**

- 5 Der Parteitag bekennt sich zur Vorschrift des Bremischen Hochschulgesetzes, dass die Studierendenschaften die Belange der Studierenden „in Hochschule und Gesellschaft“ vertreten. Eine Einengung des gesetzlichen Auftrages auf ausschließlich hochschulpolitische Themen wird den vielfältigen Interessen der Studierenden nicht gerecht, die berechtigterweise auch, beispielsweise, in Fragen sozialer Sicherheit als zukünftige Arbeitnehmer\*innen liegen. Auch dient umfassende demokratische Betätigung von Studierenden dem Erlernen und Leben demokratischen Handelns, das unnötig und teilweise bewusst in anderen Ländern eingeschränkt wird. Der zunehmende Druck auf unsere Demokratie durch Rechtspopulisten und autoritäre Tendenzen sollte Anlass sein, dass auch die anderen Länder in ihren Hochschulgesetzen nach bremischen Vorbild die künstliche Trennung von hochschul- und allgemeinpolitischen Interessen der Studierenden überwinden.
- 10
- 15

**Resolution: Eine solidarische Stadtpolitik für alle!**

5 Am 20. Mai 2018 besetzten junge Menschen mehrere - teils seit Jahren - leerstehende Häuser in Berlin. Es war der größte organisierte zivile Ungehorsam gegen Verdrängung und Spekulation seit vielen Jahren. Bei einigen dieser Besetzungen handelte es sich um "Scheinbesetzungen" durch angebrachte Transparente. Bei anderen Besetzungen, insbesondere in der Bornsdorfer Straße 37, befanden sich dutzende Mietrechtsaktivist\*innen im Gebäude.

10 Die Besetzer\*innen wollten mit ihrer Aktion auf die dramatische Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt aufmerksam machen. Die exorbitant steigenden Mieten zwingen immer mehr Menschen aus der Stadt oder auf die Straße, die Zahl der Zwangsräumungen steigt kontinuierlich und selbst Haushalte mit Doppelverdiener\*innen können sich ein Familienleben in der Innenstadt immer seltener leisten. Eine derart geladene Situation finden wir in Bremen  
15 zwar noch nicht vor, Leerstand trotz eklatantem Mangel an Wohnraum ist aber auch in Bremen ein Problem.

Spekulativem Leerstand, also die bewusste Nicht-Nutzung von Flächen oder Gebäuden in der Hoffnung auf steigende Preise in der Zukunft, muss entschieden begegnet werden. Instrumente wie zeitlich begrenzte Baugenehmigungen können hierfür ein Instrument sein. Mit dem  
20 Wohnraumschutzgesetz hat unsere Bürgerschaftsfraktion weitere Maßnahmen ergriffen, um gegen Spekulation und unnötigen Leerstand konsequent vorzugehen. Damit können die Stadtgemeinden der Zweckentfremdung von Wohnraum für spekulativen Leerstand oder lukratives Beherbergungsgewerbe (z.B. "Airbnb") einen Riegel vorschieben und dies mit Ordnungsgeldern  
25 durchsetzen. Wir erwarten die konsequente Anwendung der neuen Instrumente im Verwaltungshandeln.

Vom Bund erwarten wir, die Maßnahmen vieler Städte gezielt zu unterstützen. Die anstehende Reform der Grundsteuer sollte genutzt werden, die Spekulation mit Bauland zu besteuern (z.B. „Grundsteuer C“).

30 Wir werden auch in Zukunft Maßnahmen ergreifen, um den Vorgaben des Artikel 14 des Grundgesetzes („Eigentum verpflichtet“) und des Artikel 14 der Bremischen Landesverfassung („Jeder Bewohner der Freien Hansestadt Bremen hat das Recht auf eine angemessene Wohnung“) gerecht zu werden.

Der Landesparteitag möge beschließen:

**Erstellung eines Leitfadens zum Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern, die von einer Lückenbebauung betroffen sind“**

5

Die SPD begrüßt und unterstützt die notwendige und sinnvolle Lückenbebauung zur Linderung des Wohnraummangels, insbesondere in Zentrumsnähe. Die Erfahrungen in unserem Stadtteil zeigen jedoch, dass mit der Lückenbebauung Konflikte mit der bestehenden Nachbarschaft entstehen können.

10

Deshalb wird die Baubehörde beauftragt zeitnah einen Leitfaden für BürgerInnen zu erstellen, die von Bebauung in Wohngebieten, d. h. in ihrer Nachbarschaft betroffen, sind. Er soll über den Umgang mit ihnen, sowie über ihre Rechte informieren. Ebenso sind die gesetzlichen Vorgaben und Pflichten des Bauausführenden aufzuführen.

15

Bereits zu Planungsbeginn soll die Baubehörde die Nachbarschaft über das Bauvorhaben umfangreich informieren und einbeziehen, analog zu einem öffentlichen Bauvorhaben bzw. der Bauleitplanung.

20

Um eine umfassende Information der AnwohnerInnen zu sichern, sollte der Leitfaden unter anderem folgende Punkte enthalten und regeln:

25

- Informationsstellen, auch über das Internet
- Informative Darstellung der Rechtslage aus Sicht der betroffenen Nachbarschaft
- Wie und zu welchen Zeitpunkten die Beteiligung der Nachbarschaft gegeben ist und wie mit den Anregungen und Bedenken umgegangen wird (Verbindlichkeit)
- Info über Aufsichtspflicht/Kontrolle der Bauordnung bzgl. Einhaltung der Auflagen
- Transparenz für die Nachbarn über die Möglichkeit der Einsichtnahme in entsprechende Bauunterlagen
- Nachweis der Gebäudegründung und Auswirkungen auf den Grundwasserspiegel während aller Bauphasen inkl. Abriss
- Beweissicherung durch einen unabhängigen öffentlich bestellten Gutachter auf Kosten des Bauherrn
- Info zu Bautageszeiten, Lärm, Erschütterungen, Staub und Müllentsorgung sowie Zufahrt für Liefer- und Rettungsfahrzeuge
- Zusätzlich zum Leitfaden ist die Einführung eines Mediationsverfahrens in Fällen von strittigen Positionen zu prüfen.

35